Vorbereitende Einschätzung - Frau Giern, BDE

1. Unzureichende Informationen über besorgniserregende Stoffe in Produkten und Abfällen

Es ist m. E. zutreffend, dass wir es mit heterogenen Stoffgemischen zu tun haben, auch bei getrennter Erfassung, und nie zu 100 % sicher sein können über Herkunft und Zusammensetzung. Dass wir aufgrund dessen gehemmt sind, wie die Kommission es darlegt, das Abfallende zu erreichen, sehe ich nicht. Bzgl. der einzuhaltenden Parameter gibt es – sofern sie überhaupt vorhanden sind – eindeutige Vorgaben (aus dem Abfallrecht und bei den Düngern aus dem Düngerecht) und zudem Kundenanforderungen, die von den Aufbereitern ebenfalls eingehalten werden (hier denke ich vor allem an die Baustoffe und an die Kunststoffe).

Bei der Registrierung haben wir die 20 %-Regelung zum Nachweis der Stoffgleichheit. Ich denke, dass selbst mit gewissen „Wissenslücken“, diese Ausnahmeregelung genutzt werden kann.

Welche Hemmnisse würden Sie identifizieren? Was kann verbessert werden?

2. Präsenz besorgniserregender Stoffe in Recyclingmaterialien (und in hieraus hergestellten Produkten, inkl. importierten Produkten)

Hier würde ich der KOM zustimmen, dass es besorgniserregende Stoffe in Rezyklaten gibt (z. B. Blei in Glas und in PVC-Fenstern, Cadmium in Getränkekisten, Weichmacher in Kunststoffen, etc.) und bisher hatten wir von Ausnahmeregelungen profitiert, dass dieses – da außerhalb unseres Einflusses – auch noch in einem gewissen Maße toleriert wird.

Die Frage, ob wir diese „Ausnahmeregelungen“ weiterhin wollen/benötigen oder eine vollständige Gleichbehandlung zur Primärware, die sicherlich dem Image zugutekommt, ist berechtigt. Ich bitte um Ihre Einschätzung und um konkrete Beispiele, die Ihre Position stützen.

3. Ungewissheiten darüber, ab wann Materialien keine Abfälle mehr sind

Dass es Unsicherheiten zum Abfallende gibt, ist m.E. nur teilweise zutreffend. Dort, wo es EU-Vorgaben gibt, ist die Lage eindeutig. Ansonsten gibt es nationale oder regionale Regelungen (wie z.B. bei den Baustoffen) oder aber das Material bleibt Abfall (wie bei den Komposten). Grauzonen sind, wo es keine nationalen Regelungen gibt (von „case-by-case decisions“ in Mitgliedstaaten habe ich bislang noch nichts gehört), es aber einen Markt für diese Abfälle gibt und sie von der nachgeschalteten Industrie somit als Produkt angenommen werden (z.B. bei den Kunststoffen). Aber auch hiermit fahren wir m. E. ganz gut bzw. sogar besser als mit den z. T. entworfenen Kommissionsvorschlägen zum Abfallende.

Würden Sie sich ebenfalls mehr Klarheit wünschen und wenn ja, in welcher Form? Auch hier sind konkrete Beispiele sehr hilfreich.

4. Schwierigkeiten der Anwendung der EU Abfall Klassifizierung und Auswirkungen auf Recyclingfähigkeit von Materialien

Schwierigkeiten bei der Abfallklassifizierung sind bisher nicht an mich herangetragen worden. Hier bitte ich um Prüfung und Ihre Einschätzung.